

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK, ARTIKELFOLGE Wahlkampf USA Titelgeschichte

Goodbye, Mr. President

Wahlkampf USA Linksruck in Amerika? Alle dreißig Jahre kippt in den Vereinigten Staaten das politische Klima um

*** Josef Joffe ***

Die Deutschen mögen die große Geschichtsphilosophie Hegel, Marx, die den vorbestimmten Weg aus dem Jammertal in die Vollkommenheit vorzeichnet. Die Amerikaner mögen es etwas kleiner, sie schätzen die zyklische Interpretation der Historie. Das berühmteste Buch in diesem Genre stammt von dem Kennedy-Berater Arthur Schlesinger, Jr.: *The Cycles of American History*, vor zwanzig Jahren erschienen.

Heute, da offenbar wieder einmal eine Wende in der amerikanischen Politik bevorsteht Abgang George W. Bush nach dreißig Jahren republikanischer Vorherrschaft, Aufstieg der Demokraten, ist dieser Klassiker hochaktuell. Schlesinger hat im Rückblick auf ein Vierteljahrtausend ein so schlichtes wie eingängiges »Gesetz« formuliert: Die amerikanische Geschichte sei eine Abfolge von 30-Jahre-Zyklen. Sie schwingen zwischen den Polen des »öffentlichen Anliegens« und des »privaten Interesses« hin und her, zwischen Aufbruch und Beharrung, zwischen Zähmung der Marktkräfte und ihrer Entfesselung, zwischen Vormarsch und Rückzug des Staates.

Kommt jetzt, nach acht Jahren Ronald Reagan und zwölf Jahren Bush I und Bush II, nach Steuersenkungen und Liberalisierung eine neue Hoch-Zeit des Staates im hochkapitalistischen Amerika?

Fragen wir vorweg, wie gut das

Schlesinger-Muster auf das 20. Jahrhundert passt. Ziemlich gut nur darf man den 30-Jahre-Zyklus nicht mit dem viel schnelleren Wechsel in der Parteienherrschaft vermischen; dann funktioniert der Rhythmus nicht. Wie sahen zum Beispiel die letzten drei Dekaden aus? Acht Jahre Bush junior (Republikaner), acht Jahre Clinton (Demokrat), vier Jahre Bush senior (R), acht Jahre Reagan (R), vier Jahre Carter (D), der von 1977 bis 1981 regierte. In diesem Gemenge kommt kein 30 Jahre währender Parteien-Zyklus zustande. Aber blicken wir genauer hin: Ob das Weiße Haus einen Demokraten oder einen Republikaner beherbergte, die Politik orientierte sich am Primat des »privaten Interesses«.

Viele glauben, dass Ronald Reagan der große Deregulierer, Steuersenker und Gewerkschaftsbekämpfer war. Tatsächlich war sein Vorgänger, der Demokrat Jimmy Carter, einer der konservativsten Präsidenten überhaupt, einer, der Wirtschaftsliberalisierung, Haushaltsdisziplin und Gottesglauben predigte. Bill Clinton, der nächste Demokrat, verhielt sich zum konservativen Revolutionär Ronald Reagan wie Tony Blair (Labour) zu Margaret Thatcher (Tories). Er tastete die Marktreformen nicht an und verschärfte die Sozialgesetzgebung, die sieben Millionen Wohlfahrtsempfänger zur Arbeitssuche zwang. Den Haushalt hat er wie ein guter Konservativer ausgeglichen. Nur sein Liebesleben

war nicht ganz ordnungsgemäß.

Weiter zurück: Das 20. Jahrhundert begann mit der »Progressive Era« des staatlichen Interventionismus unter Teddy Roosevelt (R) und Woodrow Wilson (D), der nach dem Ersten Weltkrieg in das Laissez-faire-Regime der Coolidges und Hoovers (beide R) überging. Dann, im Elend der Weltwirtschaftskrise, kam unter Franklin Roosevelt (1933) der kräftigste Sozialdemokratisierungsschub überhaupt, der nach dem Zweiten Weltkrieg abzuflauen begann und in die restaurativen Eisenhower-Jahre überging. Fast genau nach 30 Jahren (1961) wurde John F. Kennedy Präsident. Unter ihm, zumal unter seinem Nachfolger Lyndon B. Johnson, schnellte die Sozialstaatskurve wieder nach oben; zudem machte Johnson mit dem historischen Civil Rights Act und dem Voting Rights Act den Bund zum Vorreiter der Rassenintegration und zum Rammbock der Zentralgewalt gegen die widerspenstigen Südstaaten. Die Expansion des Staates hielt an unter Richard Nixon einem Republikaner!, der die Bundes- und Sozialausgaben gewaltig aufblähte (siehe auch den Konservativen Helmut Kohl). Dieser Zyklus ging 1977 mit Jimmy Carters Einzug ins Weiße Haus zu Ende. Es begann die Rückzugsphase unter Carter und Reagan, die nun nach wiederum dreißig Jahren ein Ende zu nehmen scheint.

Eine elegante Theorie, aber welchen Voraussagewert hat sie für

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

2008 und danach? Es ist nicht ausgemacht, dass nun eine amerikanische Abart der Sozialdemokratie die Macht übernimmt. Halbwegs sicher ist nur, was man den Statistiken entnehmen kann. Sie entwerfen im Wahljahr 08 ein Bild der Verunsicherung und Verdrossenheit.

Gegenwärtig herrscht in Amerika die höchste Unzufriedenheit seit 20 Jahren mit dem Lauf der Wirtschaft: 68 Prozent sind unglücklich, nur 32 Prozent finden ihre Lage okay. Die Hypotheken-Krise macht Angst, die Explosion der Gesundheitskosten, die Rückkehr der Inflation und die anschleichende Rezession.

Es wächst seit zwei Jahren der Anteil jener, die Einwanderung als Bedrohung, nicht als Chance begreifen.

Noch nie seit 15 Jahren haben so viele Befragte zu Protokoll gegeben, dass das »Land auf dem falschen Weg« sei: 74 Prozent.

Dass nur ein Drittel der Amerikaner Bush gute Zensuren gibt, ist keine Überraschung. Aber: Der Kongress kommt fast genauso schlecht weg. Dass die Demokraten gute Arbeit geleistet hätten, konzidieren nur 36 Prozent; bei den Republikanern sinkt die Quote auf 32.

Es herrscht also eine geradezu revolutionäre Unzufriedenheit mit der Politik und mit ihrem Personal. Drei Viertel der Amerikaner wünschen sich, dass der nächste Präsident das Land in eine »andere Richtung« führt eine beispiellos hohe Zahl.

Aber wohin? In einen neuen Zyklus, der von staatlicher Vor- und Fürsorge geprägt ist? Dann müsste der Wirtschaftsnationalist und Populist Jonathan Edwards, der

wider Wall Street und Globalisierung poltert, die besten Chancen haben. Der aber liegt in den nationalen Meinungsumfragen deutlich hinter Clinton und Obama. Auf der Rechten predigt Mike Huckabee eine ähnliche Botschaft (plus Gottesfurcht). Aber der liegt national nur gleichauf mit Rudy Giuliani und John McCain. Daraus lässt sich kein Mandat im Sinne eines neuen Schlesinger-Zyklus erkennen, also für Protektionismus und Re-Regulierung.

Die Amerikaner sind sauer, aber sich nur in einer Sache wirklich sicher (zu 74 Prozent): Sie wollen eine »andere Richtung«. Aber warum liegt ein alter Herr wie John McCain, 71, der große Irakkrieg-Verfechter, in den nationalen Umfragen vor Clinton und gleichauf mit Obama? Kann es sein, dass man sich in üblen Zeiten, zumal nach dem unreifen Bush, eine Vaterfigur wünscht, die anders als Clinton und Obama Klartext redet? Einen, der sich nicht wie Bush jr. vor dem Militärdienst in Vietnam gedrückt hat, sondern jahrelang mit eiserner Disziplin Folter und Gefangenschaft überlebt hat. Einen, der kein knochenharter Konservativer, kein religiöser Rechter ist, sondern moderate Positionen im amerikanischen »Kulturkampf« einnimmt und dazu mit Selbstironie und Witz glänzt (obwohl er nicht immer sein Temperament unter Kontrolle hat).

Wie diesen Wirrwarr der Gefühle deuten, erst recht in einer Zeit, da in Amerika (wie in Deutschland) die alten Parteibindungen geschwunden sind? Eine Vermutung immerhin liegt nahe: Wenn die Leute unsicher und verdrossen sind, wollen sie den Wandel egal, wohin der Weg führt. Deshalb der Aufstieg des Barack Obama, der trotz des Dämpfers in

New Hampshire erstaunlich bleibt. Was Obama allerdings jenseits der gefälligen Kadenzen genau will, weiß niemand so genau. Typisch ist, was er nach seinem Caucus-Sieg in Iowa gesagt hat: Dieser zeige, wie sehr »Amerika nach Wandel hungert. Die Jungen, die Alten, die Unabhängigen, die abtrünnigen Republikaner, die zu uns geströmt sind, bezeugen den Wunsch, die kaputte Politik in Washington zu überwinden.«

So haben sie alle geredet: Carter, Reagan, Clinton Wie sie fährt Obama mit dem Ticket des Außenseiters, eine klassische Strategie in der US-Politik. Reagan zeichnete im Wahlkampf die radikale Entstaatlichung vor; bei Obama findet sich kein Gegenentwurf, der die Sozialdemokratisierung im Sinne der eines neuen Schlesinger-Zyklus ahnen lässt. Eigentlich präsentiert er einen politischen Warenkorb, der aus Bill Clintons Supermarkt kommen könnte: für jeden etwas von Selbstverlass bis Vorsorge. Warum er dann derzeit auf der Siegerstraße marschiert?

Obama ist sympathisch, jung und artig und unbeleckt. Just deswegen verkörpert er im Duell mit Hillary Clinton das Neue, das Frische, das Unkorruptierte. Wichtiger: Er versöhnt Weiß und Schwarz, was ihm heute schon einen Platz im Geschichtsbuch reserviert. Er polarisiert nicht wie Hillary Clinton, sondern predigt die anheimelnde Aufhebung aller Widersprüche.

Der amerikanische Ausleseprozess ist der grausamste der demokratischen Welt; Unschuld und Unerfahrenheit geben nur bedingt einen Panzer her. Erfahrung aber auch nicht. Bis zum Super-Tuesday am 5. Februar, wenn über die Hälfte der Delegierten des



Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Nominierungsparteitags gewählt sind, werden Obama und Clinton die härtesten vier Wochen ihres Lebens durchlaufen.

Die Ikone der Konservativen: Ronald Reagan, Präsident von 1980 bis 1988